



Änderungsantrag zur Beschlussvorlage/zum Beschlussantrag

an den Stadtrat BA 110/2020

zur Sitzung am 14.10.2020

Einreicher:

Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

öffentlich gemäß § 37 SächsGemO

Kostendeckungsvorschlag:
(Produktuntergruppe)

-

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Chemnitz ~~schließt sich dem Bündnis „SEEBRÜCKE“ an und erklärt sich somit zum „Sichereren Hafen“.~~ (Dies muß entfallen, da es ein „Bündnis SEEBRÜCKE“ nicht gibt.)
2. Die Stadt Chemnitz verurteilt jede Kriminalisierung der Seenotrettung, **verurteilt aber Schlepperei. Seenotrettung liegt vor, wenn Menschen, die in Seenot aufgenommen werden, in den nächstliegenden Hafen verbracht werden. Schlepperei liegt dagegen vor, wenn sie vorsätzlich in ein Land verbracht werden, für welches sie die Einreisevoraussetzungen nicht erfüllen. Chemnitz erklärt sich mit den Menschen auf Flucht, welche vor Gefahr für Leib und Leben in das nächstgelegene sichere Drittland fliehen, solidarisch und gewährleistet eine menschenwürdige Versorgung aller in Chemnitz lebenden Menschen.**
3. Unabhängig von verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die im Chemnitzer Stadtrat vertreten sind, bekennt sich der Chemnitzer Stadtrat klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.
4. Der Chemnitzer Stadtrat und der/die Oberbürgermeister:in unterzeichnen den Offenen Brief der „SEEBRÜCKE“ an die Bundeskanzlerin **mit den im Folgenden hervorgehobenen kleinen Änderungen:**

„Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,
mit großem Bestürzen haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Geflüchtetenlager Moria auf der griechischen Insel Lesbos in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch beinahe vollständig abgebrannt ist, **nachdem es nach Angaben der griechischen Behörden von einigen der Bewohner in Brand gesteckt worden ist.** Die 13.000 Menschen, die dort leben mussten, haben nun auch noch ihr letztes Dach über dem Kopf verloren, **und lehnen es überwiegend leider ab, die neu erbauten Unterkünfte zu beziehen.** Hinzu kommt, dass, wie von vielen befürchtet, inzwischen auch mit dem SARS-CoV-2-Virus infizierte Menschen darunter sind, **welche allerdings nicht etwa anhand von Krankheitssymptomen, sondern durch Reihentests mit nicht unerheblicher Fehlerquote ermittelt worden sind..**

Als Oberbürgermeister*innen, die wir seit zwei Jahren unsere Aufnahmebereitschaft erklären, sind wir entsetzt darüber, dass es der Europäischen Union trotz vielfacher Warnungen nicht gelungen ist, diese Eskalation in Moria zu verhindern und die menschenunwürdigen Bedingungen in den Lagern an den europäischen Außengrenzen fortbestehen, **da immer noch viel zu viele Menschen, welche keine anerkannten Fluchtgründe haben, aufgenommen werden.**

Wir möchten einen humanitären Beitrag zu einer menschenwürdigen Unterbringung der Schutzsuchenden in Europa leisten. Darum bekräftigen wir hiermit erneut unsere

Aufnahmebereitschaft **für die wenigen Menschen, die tatsächlich vor Gefahr für Leib und Leben flüchten mußten und in ihrer näheren Umgebung keine Aufnahme finden.** Wir sind bereit, Menschen aus Moria aufzunehmen, um die humanitäre Katastrophe zu entschärfen, **sofern Privatpersonen durch gesicherte Bürgschaften für alle Kosten aufkommen.**

Es muss endlich gehandelt werden. Wir bitten Sie als Bundesregierung darum, hier voranzugehen und nicht weiter auf eine gesamteuropäische Lösung zu warten, **sondern endlich die Positionen unserer östlichen Nachbarstaaten offensiv zu unterstützen.** Europaweit sind Kommunen bereit, die Menschen aus den Lagern an den europäischen Außengrenzen aufzunehmen. Dies muss ermöglicht werden, **sofern die Versorgung und Unterbringung der Menschen durch private Spenden gewährleistet ist.** Lassen Sie uns den Menschen aus Moria die Würde zurückgeben, die ihnen anderswo genommen wurde.

Wir bitten Sie hiermit erneut, dass die Bundesrepublik ihre Aufnahmebereitschaft erklärt, damit wir helfen können.“

(<https://seebruecke.org/news/offener-brief-kommunen-moria/>)

Kohlmann

Unterschrift

Begründung: